Nr. 399 ♦ 37. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 62

Abend-Ausgabe

20 Pfennig

Bezugspreis:
Wöchentlich 30.— Mk., monatl. 10.— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10.— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 16.50 Mk., für das übrige Ausland bei täglich einmal. Zustellung 21.50 M. Bestbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 8.— Mk., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 1.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 2.— M., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 3.— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Mittwoch, den 11. August 1920

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Rußlands Friedensbedingungen.

London, 11. August. Lloyd George teilte im Unterhaus mit, daß ihm nach Beendigung seiner Rede ein Dokument Kamenews zugestellt worden sei, welches die Friedensbedingungen Sowjetrußlands an Polen enthalte. Lloyd George verlas mit Zustimmung Kamenews die Bedingungen, welche folgendermaßen lauten:

1. Herabsetzung des polnischen Heeres auf 50 000 Mann;
2. Aufhebung der polnischen Kriegsindustrie;
3. die Grenzen Polens werden so laufen, wie der Oberste Rat sie festgestellt hat, doch werden einige Verbesserungen bei Bialystok und Cholm gefordert;
4. ein freier Handelsweg für die Bolschewisten nach der Ostsee über Bialystok und Grajewo bis nach Ostpreußen.

Vor den Verhandlungen.

Die russische Regierung bemüht sich auch weiter, die Verhandlungen mit Polen zu hintertreiben, ohne sich nach außen hin eine taktische Blöße zu geben. Am 10. August ließ die russische Heeresleitung durch Parlamentäre auf der Gegenseite anfragen, weshalb bisher keine Delegation zwecks Aufnahme der Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen erschienen sei. Die polnische Regierung ließ antworten, sie vermisse noch immer die Antwort auf das Radiotelegramm vom 5. d. M., also die Ermächtigung zu diesem Schritt; sie werde aber nunmehr eine Delegation entsenden.

Nach einer amtlichen Warschauer Meldung hat sich diese Delegation an die Chaussee Siedlce—Brest-Litowsk zur Front begeben. Das läßt einen Rückschluß auf die augenblickliche militärische Lage zu. Der polnische Heeresbericht vom 10. d. M. spricht von weiteren Umgruppierungen der polnischen Truppen östlich und südlich von Siedlce, „jedoch ohne Fühlung mit dem Feinde". In Kombination mit der amtlichen Warschauer Meldung heißt das also, daß der Rückzug des polnischen Heeres auf Siedlce im vollen Gange ist und daß er beschleunigt vorgenommen werden muß. Diese forcierte Operation soll wahrscheinlich das Zentrum der Nordarmee vor einem drohenden Flankenangriff von Norden her bewahren, wo die Russen inzwischen den Raum westlich von Wengrow erreicht haben, ein Erfolg, der sie ihrem Ziele Warschau wesentlich näher bringt und der zugleich den Widerstand der polnischen Restruppen zwischen Bug und Narew illusorisch macht. Ueber die Kämpfe um die Eisenbahnlinie Ciechanow—Mlawa sagt der Heeresbericht nichts Neues.

In Warschau soll man einer kommunistischen Organisation auf die Spur gekommen sein. Zwei Personen wurden verhaftet. Der polnische Plebiszitkommissar für Oberschlesien, Korfanty, hatte in Warschau eine längere Besprechung mit dem Ministerpräsidenten, dem Vizepräsidenten und dem Minister des Aeußeren. Er ist nach Beuthen zurückgekehrt.

•

Amsterdam, 11. August. „Times" melden, daß zwei Mitglieder der russischen Handelsdelegation eilig nach Moskau abgereist seien, um im Namen von Kamenew und Krassin bei der russischen Regierung darauf zu dringen, daß die englischen Bedingungen in Sachen der polnischen Frage angenommen werden.

Gegen den Krieg.

England zum Generalstreik bereit.

Amsterdam, 10. August. Nach einer Blättermeldung aus London ist die gestern abgehaltene Sitzung der parlamentarischen Arbeiterpartei, des parlamentarischen Komitees des Gewerkschaftskongresses und des Vollzugsausschusses der Arbeiterpartei die wichtigste jemals in England abgehaltene Versammlung der organisierten Arbeiterschaft. Die in den genannten Vereinigungen vertretenen Arbeiter zählten mehr als 6 Millionen Menschen. In Arbeiterkreisen sei gestern abend erklärt worden, wenn ein Generalstreik beschlossen werde, so könne dieser binnen wenigen Stunden zur Tatsache werden.

Bevor Lloyd George sich zum Parlament begab, empfing er zusammen mit Bonar Law und dem Arbeitsminister Mac Namara eine Anzahl Deputationen von Arbeiterführern, darunter den Präsidenten des Bergarbeiterbundes Smillie, den Leiter der parlamentarischen Arbeiterpartei Adamson, ferner O'Grady, Oberst Wedgwood und andere.

Die Abordnungen machten Lloyd George von den vorgestern abend angenommenen gegen einen Krieg mit Rußland gerichteten Protestentschließungen Mitteilung, in denen mit einem Generalstreik als äußerstem Mittel gedroht wird. Nach Mitteilung eines Mitgliedes der Abordnung wurde die Besprechung auf beiden Seiten in freundlicher und offenherziger Weise geführt. Lloyd George ersuchte die Deputationen, seine Erklärung im Parlament abzuwarten. Er sagte, der Vertrag von Versailles, durch den die Unabhängigkeit Polens geschaffen worden sei, müsse um jeden Preis aufrechterhalten werden.

Inzwischen dauern die Kundgebungen der englischen Gewerkschaften gegen einen neuen Krieg an; u. a. haben 170000 Zimmerleute und Tischler in Manchester erklärt, sie würden sich weigern, Kriegsmaterial, wie z. B. Flugzeuge, herzustellen. Der Dockarbeiterbund sandte an Lloyd George einen Protest gegen einen Krieg mit Sowjetrußland mit der Begründung, daß Polen den Angriff begonnen habe.

•

Die französischen unifizierten Sozialisten und die Confederation general du travail berufen eine Versammlung ein, um über die Maßnahmen gegen ein französisches Eingreifen in den polnisch-russischen Krieg zu beraten.

Der Zentralrat der tschechoslowakischen Gewerkschaftsvereinigung fordert die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Beamten auf, eine Durchfuhr von Kriegsmaterial nach Polen, Ungarn oder Rumänien nicht zuzulassen, da es gegen Sowjetrußland verwendet werden könnte. Die sozialdemokratische Rechte veröffentlicht nach einer Meldung der TU ein Manifest, in dem sie vor jedem Umsturz warnt und erklärt, die tschechoslowakische Sozialdemokratie sei zu schwach, um den Kampf gegen den kapitalistischen Westen aufzunehmen. Ein Umsturz wäre das Ende der tschechoslowakischen Selbständigkeit. Die tschechoslowakische Sozialdemokratie habe die Pflicht, mit den sozialistischen Parteien des Westens Schritt zu halten. Es gebe nur eine starke Regierungsform, das sei die Demokratie.

Die Horthyregierung dementiert die Nachricht von einer Mobilisierung Ungarns.

Appell an Amerika.

Amsterdam, 11. August. In der gestrigen Unterhaussitzung fragte Ben Tillet, wie sich Amerika zu der Frage der Ausübung eines wirtschaftlichen Drucks auf Rußland stelle. Lloyd George entgegnete, es werde ein Appell an Amerika gerichtet werden, welches an der Schaffung des polnischen Staates mitbeteiligt gewesen sei. Bisher sei keine materielle Hilfe an das Heer des Generals Wrangel in der Krim geleistet worden.

Nach Blättermeldungen aus Washington wird sich Amerika allen Maßnahmen widersetzen, die auf einen offenen Krieg der Alliierten gegen Rußland hinauslaufen. Man hält es für möglich, daß der Präsident für die Wiederaufnahme der interalliierten Blockade und die Gewährung wirtschaftlicher Hilfe an Polen eintreten werde, glaubt aber nicht an den Erfolg einer solchen Blockade, da die Blockade tatsächlich bereits seit geraumer Zeit in Kraft ist, ohne daß die Haltung der Sowjetregierung dadurch im mindesten beeinflußt wurde.

Der Saarstreik.

Aus der französischen Lügenfabrik.

Paris, 11. August. (TU.) Der „Matin" vernimmt aus Saarbrücken, die Ausständigen wollen die Bevölkerung der Zufuhr von Lebensmitteln berauben und auf diese Weise zur Verzweiflungstat bringen (!). In einer „Proklamation" teilt die Regierungskommission der Bevölkerung mit, daß sie derartiges nicht dulden werde und bereits Schritte gegen die Ordnungsstörer unternommen habe oder vorbereite. Die Kommission werde mit den ausständigen Beamten unter keinen Umständen verhandeln, da sie sonst ihr Recht anerkennen würde. Der Berichterstatter fügt hinzu, daß die Bewegung auf das Rheinland übergegriffen habe.

Saarbrücken, den 10. August. Die französische Besatzungsbehörde hat den streikenden Beamten anbefohlen, Dienst zu tun. Alle Beamten, die sich weigern, sollen verhaftet und vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Viele sind flüchtig. Die Arbeiter der Post-, Telegraphie und Eisenbahn haben sich mit den übrigen Beamten solidarisch erklärt und sind in den Streik eingetreten. Truppen sind in das Saargebiet gelegt worden. Durch das französische Militär werden weitere Verhaftungen vorgenommen. Es sollen verschiedentlich Mißhandlungen der Verhafteten vorgekommen sein.

Der lettisch-russische Frieden.

Kopenhagen, 18. August. Die lettisch-russische Friedenskommission bestimmt u. a., daß die von beiden Parteien beabsichtigte Volksabstimmung im Gebiet von Drissa und von Dünaburg nicht stattfinden soll. Dagegen soll eine Teilung der strittigen Zonen nach gegenseitigem Uebereinkommen vorgenommen werden. Lettland erhält in Rußland Waldkonzessionen. Es wird weiter bestimmt, daß die Lettland gebührenden Besitztümer (Maschinen, Eisenbahnmaterial, Wertpapiere usw.), die im Jahre 1915 oder später nach Rußland gebracht wurden, an Lettland zurückgegeben werden sollen. Sowjetrußland ist jedoch demgegenüber berechtigt, den Gegenwert in Gold zu entrichten. In spätestens zwei Monaten nach der Ratifizierung des Friedens wird Rußland an Lettland einen Vorschuß von vier Millionen Rubel in Gold zahlen.

Ein verunglückter Boykott.

Von Carl Lindow.

Im Proletariat scheint wirklich etwas vom Antäos zu stecken. Hundert- und aberhundertmal zu Boden geworfen, erhebt es sich zur Verzweiflung seiner Gegner immer wieder in neu verjüngter Kraft und stellt seinen Feind. Und immer wieder wird es ihn stellen, bis es obsiegt, weil sein Widerpart kein Herkules ist. Ziemlich überraschend traf das deutsche Proletariat die Kunde, daß die Gewerkschaftsinternationale „auf Grund allgemeiner Sachlage beschlossen" habe, den Boykott gegen Horthy-Ungarn „abzubrechen".

Daß uns diese Mitteilung überraschen konnte, weist gleich auf einen Hauptmangel der Boykottführung hin. Der Boykott wurde von der Internationale proklamiert, aber die Durchführung wurde den nationalen Gruppen überlassen. Kein Wort drang in die weitere Oeffentlichkeit, wie der Kampf von den Gewerkschaften der einzelnen Länder durchgeführt wurde. Die Transport- und Verkehrsarbeiterpresse sowie einige Parteizeitungen veröffentlichten den Aufruf der Gewerkschaftsinternationale zum Kampf gegen Ungarn — aber damit war eigentlich auch alles getan. Wir lasen anfangs, daß die Kampfparole von den Transport- und Verkehrsarbeitern aller Länder angenommen sei, und daß die internationale Solidarität der Arbeiter Ungarn eingekreist habe. Der Versicherung Ungarns, daß die tschechoslowakischen und jugoslawischen Arbeiter den Kampf gegen Ungarn nicht mitmachten, wurde scharf entgegengetreten. Es kamen dann in Wien die Verhandlungen zwischen den Vertretern Ungarns und der Gewerkschaftsinternationale. Die Drohung der Arbeitervertreter mit der Verschärfung des Kampfes war der einzige Erfolg. Auf diese Verschärfung haben auch die deutschen Transportarbeiter gewartet. Zwischendurch haben sie in ihren Organen den Abscheu vor der Mörderbande in Ungarn wachgehalten und — leider zu spät — daran erinnert, daß die für Ungarn bestimmten Güter nicht erst bis nach Oesterreich oder sonst irgendwohin befördert werden dürften, sondern in Deutschland festgehalten werden müßten.

Die Gewerkschaftsinternationale hat es an der richtigen Organisation dieses wichtigen Kampfes fehlen lassen. Es hätte eine internationale Kommission ständig zusammenbleiben müssen. Dieser Kommission mußten Vertreter der bei diesem Boykott am meisten in Anspruch genommenen Länder angehören, die ihre Auftraggeber ständig auf dem laufenden hätten halten können. Besonders über die Wirkung des Boykotts haben wir während der ganzen Zeit kein positives Wort gehört. Die Internationale durfte nicht von einer, wie heute feststeht unmöglichen Verschärfung des Kampfes sprechen, weil sie dadurch die Initiative der Gewerkschaften in den einzelnen Ländern lahmlegte. Das trifft besonders in Deutschland zu. Die deutschen Arbeiter sind nun einmal zu fest zentralistisch diszipliniert. Sie dulden z. B. bei Lohnkämpfen nicht, daß unverantwortliche Instanzen der Kampfleitung in den Arm fallen. Diese Befürchtung ist vor allem dann hinfällig, wenn die Leitung selbst weitere Schritte in Aussicht stellt. In diesem Fall waren die Vertreter der Gewerkschaftsinternationale die Kampfleitung. Wir waren auch nicht nahe genug am Brennherd des Kampfes, wie z. B. die Oesterreicher, um selbständige Entschlüsse zu fassen. Immerhin wäre der Kampf auch von den deutschen Transportarbeitern energischer geführt worden, wenn nicht unglücklicherweise ihr internationaler Verbindungsmann drei Wochen in Genua festgehalten worden wäre (Internationaler Seeschiffahrtskongreß). So fehlte jede Verbindung mit Amsterdam, von wo wir während des ganzen Kampfes eine einzige Zuschrift erhielten (Auszug aus dem Bericht der englischen Arbeiterdelegation, den wir ausführlicher bereits in der Wiener „Arbeiterzeitung" gelesen hatten).

Der Zweck dieser Zeilen ist nicht, gegen Amsterdam Vorwürfe zu erheben, sind wir doch bereit, anzuerkennen, daß auch in Deutschland Fehler gemacht worden sind. Der Kampf gegen Ungarn war ein erster Versuch, es kommt jetzt darauf an, diese Fehler in Zukunft zu vermeiden. Es besteht nämlich wenig Hoffnung, daß die anderen Länder bei einer Prüfung auf Herz und Nieren besser bestehen als die deutschen Arbeiter. Von den österreichischen Gewerkschaften hören wir, daß die Tschechoslowakei und Jugoslawien den Boykott fast ganz aufgegeben hatten. Uns dünkt, als wenn einzig die österreichischen Arbeiter den Boykott so scharf durchführten, wie ein solcher Kampf geführt werden muß. Der Genosse Forstner hat in und außer dem österreichischen Parlament einen schneidigen Kampf gegen die österreichischen Horthyfreunde geführt. Dafür muß ihm sowohl wie dem von ihm geführten österreichischen Transportarbeiterverband der Dank aller Freiheit- und Menschenfreunde abgestattet werden, was von den deutschen Arbeitern hiermit geschehen sei.

Die deutschen Gewerkschaften denken nicht daran, sich hinter Amsterdam zu verkriechen. Aber ihre Fehler entspringen nicht

mangelndem Wollen, sondern mehr der Unterschätzung des Gegners. Sie haben die Wirkung eines Boykotts am eigenen Leibe erfahren und glaubten nicht an eine so große Widerstandskraft eines durch Krieg und Revolutionen entkräfteten Landes wie Ungarn. Die deutschen Arbeiter vergaßen, daß Ungarn von Krieg und Revolutionen viel weniger mitgenommen war als Deutschland. Außerdem hatten sie nicht in Rechnung gestellt, daß Ungarn auf die Zufuhr der industriellen Rohstoffe während der Zeit der nationalen Kämpfe gut und gern verzichten kann, während zu seiner Ernährung zur Not die Inlandsproduktion ausreicht. Wir in Deutschland können uns kaum noch darin finden, daß ein Land ohne Lebensmittelzufuhren von außen leben kann, obwohl uns die Ententeblockade gegen Rußland ein Beispiel hätte sein können. Damit ist aber auch die höhnische Freude der reaktionären deutschen Presse auf das richtige Maß zurückgeschraubt. Der Boykott gegen ein weißes Deutschland würde von ganz anderer Wirkung sein wie der mißglückte gegen Ungarn. Deshalb sollten sich die Herren um Knüppel-Kunze ihre großen Sprüche sparen und sich hüten, zu versuchen, Kunzes Programm: „Deutschland muß nach ungarischem Muster regiert werden", in die Tat umzusetzen. Erstens ist das leichter ausgesprochen als getan, und dann hat das internationale Proletariat dabei auch noch ein Wort mitzureden. Die deutschen Arbeiter würden einen solchen Boykott von innen unterstützen, was die von der Räteregierung desorganisierten und von den Offiziersbanden völlig niedergeschlagenen ungarischen Arbeiter leider nicht konnten.

Natürlich hat die „Rote Fahne" die Vorwürfe gegen die deutschen Gewerkschaften sofort aufgegriffen und die Berliner Gewerkschaftskommission ersucht, sich als Kontrollinstanz und Richterin über den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund aufzutun. Nun hat zwar jedes Gewerkschaftsmitglied das Recht, die Haltung des A. D. G. B. zu kritisieren, warum aber gerade die Berliner ein besonderes Recht dazu haben sollten, will uns nicht recht einleuchten. Man kann zwar sagen, es war Pflicht der deutschen Gewerkschaften, auch ohne Amsterdam zu handeln, aber dann war es auch Pflicht der Berliner Gewerkschaftskommission, die Gewerkschaftsmitglieder mindestens jede Woche einmal zum schärferen Kampf gegen Ungarn aufzurufen. Die Berliner Gewerkschaftskommission lief jedoch der Münzstraßendemagogie nach und verschacherte die Interessen der Berliner Arbeiter an die Worthelden der Betriebsrätezentrale.

Am wenigsten ist die „Rote Fahne" berufen, dem A. D. G. B. Vorwürfe zu machen und „Verrat" zu rufen. Wir fragen sie und ihre Gläubigen: Was habt denn ihr getan, um Ungarns Proletariat beizuspringen? Die Antwort gibt die „Rote Fahne" selbst. Sie denunzierte die Gewerkschaftsinternationale als eine „gelbe" Organisation und nennt sie die „stärkste Stütze des Kapitalismus". Etwa einer halben Million Arbeiterinnen und Arbeiter hat sie damit den Boykott gegen Ungarn als eine verabscheuungswürdige Aktion zur Wiederaufrichtung des Kapitalismus verekelt. Sie nannte den Boykott eine Aktion der Legien, Jouhaux und Appleton zugunsten der angeklagten „sozialpatriotischen" ungarischen Gewerkschaftsführer. Müßte sie der Amsterdamer Internationale nicht eigentlich dankbar sein, daß diese die schändlichen Gewerkschaftsführer ihrem Schicksal überläßt?

Aber auch die Kommunisten zeigen ihren gewesenen Freunden die kalte Schulter. Ihre Liebe gilt Rußland. Die deutschen Arbeiter jedes politischen Glaubens haben bewiesen, daß sie in der Bezeugung echter Solidarität hinter keinem zurückstehen. In dem Augenblick, als die Rechtspresse über die niedergeworfenen Boykottkämpfer jubelte, haben sie bereits neue Kräfte erhalten und boykottieren jede Sendung der Entente an Polen. Ein Reichsminister, Mitglied einer Rechtspartei, dankt denselben Transportarbeitern für die strenge Durchführung der Neutralität, die von ihren österreichischen Kollegen eben nicht ganz unbegründete Vorwürfe entgegennehmen mußten. Wir wollen nur hoffen, daß wir nicht eines schlechten Tages diese Vorwürfe mit noch größerem Recht an die Proletarier anderer Länder weitergeben müssen. Im Kampf gegen Ungarn war Oesterreich eben die nächstund am meisten beteiligte Nation, im Kampf gegen den Neutralitätsbruch zugunsten Polens steht Deutschland in vorderster Linie. Dieser Kampf absorbiert alle proletarischen Kräfte Deutschlands und hat den Blick manchen Kämpfers von Ungarn abgelenkt. Laßt uns hoffen, daß alle Anschläge gegen Deutschlands Neutralität scheitern, und daß des siegreichen Rußlands Macht hinreicht, auch etwas für die ungarischen Brüder zu tun.

Spartakus gegen alle!

Auch die „Freiheit" hat am Dienstagabend gegen den Aufruf der K. P. D. Stellung genommen, den wir unter der Spitzmarke „Sadisten der Zwietracht" kritisiert haben. Das gibt der heutigen „Roten Fahne" Gelegenheit, über die „Seelenverwandtschaft" der beiden großen sozialistischen Parteien zu höhnen, die in der Einigkeit der Arbeiterschaft, wie sie anläßlich der gemeinsamen Neutralitätskundgebung zutage getreten war, eine erfreuliche Erscheinung erblicken.

Die „Rote Fahne" bestätigt übrigens ausdrücklich unsere Vermutung, daß sie die Bewegung zugunsten der Wahrung der deutschen Neutralität für die Propagierung des Rätesystems auszunützen entschlossen ist. Sodann aber stellt dies Kommunistenorgan die eigenartige Behauptung auf, daß das, was wir bezweckten, nichts anderes sei, als die Zersplitterung der Aktion der Arbeiterschaft. Diese Retourkutsche in den Spalten desjenigen Blattes, das schon am 10. November 1918 seine Anhänger aufforderte, die Waffen zu behalten, um sie gegen die sozialistische Regierung der Volksbeauftragten zu verwenden, und seitdem auch fortgesetzt versucht hat, nach bolschewistischem Muster den Willen einer hoffnungslosen Minderheit dem gesamten Proletariat mit Waffengewalt aufzuzwingen, wird natürlich mit keinem Worte begründet. Schließlich überhäuft die „Rote Fahne" das Organ der Unabhängigen mit Vorwürfen, in denen sie offenbar gar nicht merkt, wie sehr sie sich damit selbst bloßstellt. Sie schreibt:

„Daß die „Freiheit" nicht für politische Arbeiterräte trotz Leipziger Aktionsprogramm und ähnlichen Papierstücken zu haben ist, daß die rechten USP-Führer bei Aktionen regelmäßig auf die Seite der Gewerkschaftsbureaukratie umfallen, wissen wir schon lange. Neu ist nur, daß die „Freiheit" sich nicht erst wie sonst am Ende der Aktion, wo es gilt, sie abzuwürgen, mit den Scheidemännern und Legiens solidarisiert, sondern gleich zu Anfang."

Wir haben natürlich um so weniger Veranlassung, an Stelle der „Freiheit" die Frage zu beantworten, ob die U. S. P. für politische Arbeiterräte zu haben ist oder nicht, als ja hierüber innerhalb der Reihen der Unabhängigen selbst die größte Unklarheit herrscht. Aber wir müssen bei dieser Gelegenheit unsere Feststellung wiederholen, auf die die „Rote Fahne" mit keinem Worte eingeht, daß die K. P. D. sich diesmal, und zwar ebenfalls am Anfang einer Aktion, an die Seite der „Gewerkschaftsbureaukratie" und der „verräterischen Scheidemänner und Kautskyaner" begeben hat, indem sie mit diesen eine gemeinsame Kundgebung erließ. Und wir fragen noch einmal: Was müssen die sogenannten kommunistischen „Massen" über ihre sogenannten „Führer" denken, die sich zu solchen gemeinsamen Aktionen mit anerkannten „Verrätern" bereitwillig hergeben, und die sich erst nach 48 Stunden ihrer selbständigen proletarischen Pflicht besinnen? . . .

Obstruktion in Braunschweig.

Aus dem Freistaat Braunschweig wird uns geschrieben: Aus den nichtigsten Gründen haben die Vertreter der bürgerlichen Parteien im Finanzausschuß des Braunschweiger Landtages es abgelehnt, sich weiter an der Etatberatung zu beteiligen, nachdem von den 47 Kapiteln des Etats bereits 41 erledigt waren. Sie verlangten Vorlegung eines neuen Haushaltsvorschlages, obwohl der Landtag aus Rücksicht auf den Zeitverlust und die Kosten eines Neudrucks seinerzeit einmütig beschlossen hatte, den im Frühjahr aufgestellten und in einigen Punkten natürlich überholten Entwurf eines Haushaltsplans dem Finanzausschuß als Grundlage seiner Beratungen zu überweisen. Das Vorgehen der bürgerlichen Minderheit wird verständlicher, wenn man erfährt, daß ihr Führer schon bei der Kabinettsbildung nach Aufgabe der Obstruktion im Landtag seinerzeit angekündigt hatte, „man werde der sozialistischen Regierung das Leben so sauer wie möglich machen".

Wie planmäßig diese negative Tätigkeit der Bürgerlichen vor sich geht, erhellt aus der Tatsache, daß sie gleichzeitig die ihnen befreundete Presse im Reich mit Artikeln über die angebliche Finanzmißwirtschaft in Braunschweig überschwemmten. Auf diese Weise wollen sie die Braunschweiger sozialdemokratisch-unabhängige Regierung in Mißkredit bringen, was ihnen kürzlich mit den Schwindelmeldungen über Rote Armeen trotz aller Anstrengung nicht gelungen war. Der Staat Braunschweig habe, so wird gelogen, dank der Unfähigkeit der sozialistischen Regierung ein Defizit von 20 Millionen Mark erhalten. In Wahrheit ist dieser Fehlbetrag, ähnlich wie in den andern Gliedstaaten, eine Wirkung der Besoldungsreform, die dem Freistaat 52 Millionen Mark Mehrkosten auferlegt. Ohne sie würde der Braunschweiger Etat mit einen Ueberschuß von rund 12 Millionen Mark abschließen.

Es ist anzunehmen, daß die sozialistische Regierung, hinter der noch wie vor die Mehrheit der Bevölkerung steht, sich durch den neuen Obstruktions- und Sabotageversuch so wenig beirren lassen wird, wie durch die früheren.

Beamtenelend.

Man schreibt uns:

Mit Angst und Schrecken haben die gering besoldeten Beamten von der bevorstehenden Aufhebung der Zwangswirtschaft Kenntnis genommen. Waren Brot und Kartoffeln für sie bisher schon zwar unentbehrliche aber kaum noch bezahlbare Lebensmittel und Fleisch ein seit Jahren unbekannter Leckerbissen geworden, so werden die nunmehr unfehlbar einsetzenden weiteren Preissteigerungen sie völlig zur Verzweiflung bringen. Statt des angekündigten Preisabbaues erfolgen unausgesetzt Preissteigerungen, Steuererhöhungen und schließlich gar Entlassungen angeblich überflüssiger Beamten ganz wie früher ohne Zustimmung der Beamtenausschüsse. **Mit 576 Mark monatlich sollen Diätare, die meist im vorgerückten Lebensalter stehen, Kriegsteilnehmer oder Militäranwärter sind, und Familie besitzen, einen Hausstand unterhalten!** Bei der preußischen Justizverwaltung werden solche Diätare, selbst wenn sie schon jahrelang im Dienst waren, im Krankheitsfalle ohne jede Kündigung entlassen, und es wird im allgemeinen bei sämtlichen Verwaltungen ein Sparsystem durchgeführt, das geradezu auf den Zusammenbruch auch der Staatsverwaltung abzuzielen scheint. Nicht nur im Kohlenrevier im Westen, sondern auch in Berlin ist es vorgekommen, daß Beamten infolge rigoroser Abzüge früherer Vorschüsse von Steuern usw. **am Ersten des Vierteljahrs nur wenige Pfennige ausgezahlt wurden,** so daß sie buchstäblich drei Monate und noch länger von Licht und Wasser und der Mildtätigkeit ihrer Gläubiger leben müssen — und das nicht nur in einzelnen Fällen.

Unter den heutigen sich täglich verschlimmernden wirtschaftlichen Zuständen ist es trotz der Besoldungsneuregelung den Beamten der unteren Besoldungsgruppen einfach unmöglich durchzukommen, dem kommenden letzten Monat im Vierteljahr sehen sie und insbesondere ihre Frauen mit Grauen entgegen, da ihre Mittel schon jetzt erschöpft sind. Zwar sind Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium eingeleitet, die die Flüssigmachung neuer Mittel bezwecken, aber die Beamten haben nicht die mindeste Hoffnung auf Erfüllung ihrer berechtigten und bescheidenen Wünsche, solange sie auf Verhandlungen mit Ministerialdirektor Maeder, Geheimrat Kuhnemann und Dr. Auer im Reichsfinanzministerium angewiesen sind, die die ausgesprochensten Träger des alten preußischen Systems sind und für die nach ihren eigenen Worten die wirkliche Not der Beamten erst beim Geheimrat anfängt. Der Bund der Verbände der unteren Beamten (die frühere Soziale Arbeitsgemeinschaft) hat

---

Reims.

Von Dr. Otto Grantoff.

Wenn ich in Unterhaltungen mit Franzosen bedauernd darauf hinwies, daß Amerikaner, Engländer, Italiener seit dem Friedensschluß den Deutschen ein viel größeres Entgegenkommen bezeugen, wurde mir erwidert: Ja — die zerstörten Gebiete Nordfrankreichs. Wenn im Kreise von rechtsstehenden Franzosen die Frage der Wiederaufnahme der geistigen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich berührt wurde, wurde mir erwidert: Zu früh — warten Sie, bis die zerstörten Gebiete wieder aufgebaut sind. In dem Problem: Deutschland und Frankreich spielen die zerstörten Gebiete eine bedeutende, ja die ausschlaggebende Rolle. Mir sagte ein Franzose: „Bevor die Deutschen zur Konferenz nach Spa fahren, sollten sie das zerstörte Gebiet besuchen; sie würden bescheidener werden." Ich erwiderte: „Bevor die Franzosen nach Spa fahren, sollte jeder französische Konferenzteilnehmer zwei Wochen lang in einer deutschen Familie leben oder unsere Krankenhäuser besuchen —; sie würden milder werden.

Immerhin, die eine Seite des Unglücks kannte ich: die deutsche Hungertafel. Es drängte mich, die andere Seite kennen zu lernen. Ich war erfreut, als mich am letzten Tage eine Einladung der französischen Regierung nach Reims überraschte. Die Fahrt wurde auf einen Tag verlegt, der mir die Teilnahme ermöglichte. Ein junger Philologe, Jean Poirrier, ein Schüler von Ernest Lavisse, begleitete uns drei Deutsche. Wir fühlten uns nicht in „feindlicher" Begleitung. Dieser junge Franzose war wie ein Kamerad. Wir sprachen über den Krieg, wie Historiker das zu tun pflegen.

In raschem Tempo trug uns das Auto durch die alte Avenue d'Allemagne, durch die Gegend, wo die Apachen sich gute Nacht sagen. Die endlose Straße dieses Arbeiterviertels heißt jetzt Avenue Jean Jaurès. Auf der Brücke sahen wir die Ruinen der Mühlen von Meaux aus dem sechzehnten Jahrhundert, die vor wenigen Wochen eine Feuersbrunst gänzlich zerstört hat.

Hier schmäht man nicht den Täter. Man klagt über das traurige Sichicksal.

„Ist es vermessen, ist es „alldeutsch," dachte ich, einen Teil der Kriegszerstörungen, an denen wir nun vorüberfuhren, wie die Mühlen von Meaux als Brandunglück, als Kriegsopfer zu bezeichnen? Sicherlich nicht. „Es wird immer Krieg geben", habe ich von den Lippen eines rechts stehenden Franzosen aufgefangen. „Kriege zerstören. Nicht dagegen lehnen wir uns auf, sondern nur gegen die mutwilligen Zerstörungen." Unser Begleiter hat nicht einmal das gesagt. Die ersten, in Trümmer geschossenen Dörfer — nun ja das ging noch an. Das waren Kriegsopfer. Aber als wir endlich am Nachmittag an der Kathedrale in Reims standen, da begriffen wir den ganzen Jammer des nationalen Unglücks. Man braucht keine militärische Ausbildung genossen zu haben um mit einem Blick zu erkennen, daß die Frage, ob ein Posten auf einem der Türme stand, nicht ausschlaggebend ist. Es handelt sich gar **nicht darum, ob die Deutschen ein oder mehrere Male auf Turmposten gezielt haben.** Unbegreiflich bleibt, daß die Kathedrale vielfältig im Laufe der Kriegsjahre mit Sperrfeuer belegt worden ist. Ich sage ausdrücklich die Kathedrale; denn es ist auffällig, daß das Stadtviertel um die Kathedrale herum am allermeisten gelitten hat. Wir fuhren in die deutschen Stellungen bei Neuvilette, von wo aus das Stadtbild leicht zu übersehen ist. Breit hebt sich von dort der Leib der Kirche über den Häusermassen empor. Weit vor der Kirche an der Peripherie der Stadt liegen die Kasernen. Sie haben weniger gelitten als das Münsterviertel im Stadtinnern. Wenn die preußischen Generäle auf die Stimmen der deutschen Kunstkritiker, die für den Schutz der Kathedrale warben, nicht hören wollten, so hätten sie wenigstens so viel politischen Instinkt besitzen sollen, um zu begreifen, daß die dauernde Beschießung von Reims einer verlorenen Schlacht gleich kam. Die Zerstörung der Kathedrale ist so ungeheuerlich, daß jeder empfindende Mensch vor tiefer Erschütterung gepackt wird, wenn er zum ersten Male vor diese Ruine tritt. Die Kathedrale ist eine Ruine. Gewiß, sie steht noch aufrecht — aber als Skelett. Von ihrer einstigen Schönheit ist nur noch die Erinnerung geblieben. Selbst die architektonischen Gedanken des Bauwerkes haben ihre Wirkungskraft verloren; denn durch das Fehlen des Daches haben sich alle Proportionen verschoben. Immerhin, kein Pfeiler ist zertrümmert und eingestürzt. Das Gewölbe ist nur zu einem kleinen Teile durchlöchert. Das dreischiffige Langhaus läßt sich in seiner ganzen Schönheit wiederherstellen. Was nun aber den Schmuck der Kathedrale betrifft, so ist die Zerstörung in vielen Teilen unermeßlich. Die meisten Fenster sind für immer vernichtet. Die große Rose zeigt leere Löcher. Die Tabernakelgalerie, die Wimpergeln, die Filialen und das reiche Meßwerk der Fenster sind größenteils abgefiert. Der wesentlichste Teil des Statuenreichtums ist schwer beschädigt. Viele Skulpturen sind durch den Kugelregen bis zur Unkenntlichkeit abgeschliffen worden. Am furchtbarsten hat die Anfis gelitten.

Wendet man sich um vor der Kathedrale und blickt auf das ehemalige Straßenbild, so sieht man nichts als Trümmer. Das bischöfliche Palais, das Theater, der Justizpalast, das Hotel Lion d'Or nichts als unkenntliche Steinhaufen. Ganze Straßenzüge liegen als Ruinen da. Von 14 000 Häusern der Stadt erwiesen sich am Tage des Waffenstillstandes 60 als bewohnbar. Man überlege sich einmal, was das heißt. Viele Kunstfreunde haben mehr noch als die Kathedrale die Kirche Saint-Rémi, diesen wunderbaren Bau der französischen Romantik, geliebt. Diese Kirche hat noch furchtbarer gelitten als die Kathedrale. Wer den Wiederaufbau zu leiten hat, weiß wirklich nicht, wo er anfangen soll. Es handelt sich ja gar nicht allein um Reims. Noyon, Saint-Quentin, Verdun, Arras, Cambrai, Rethel usw. sind teilweise in einem noch viel schlimmeren Zustand.

Die Deutschen sollen am Wiederaufbau mitwirken. Diese Forderung ist leichter gestellt als ausgeführt. Ihre Erfüllung ist unendlich schwer. Noch ist kein Weg gefunden. Entsendet man wahllos deutsche Arbeiter in die zerstörten Gebiete, so ist die französische Regierung vor Zwischenfällen niemals sicher. **Die Zerstörungen und alles, was damit zusammenhängt,** ist das natürlichste Gesprächsthema in dieser Gegend. Es ließe sich der Ausweg denken, daß irgend ein Abschnitt ganz allein von den Deutschen wiederhergestellt wird. Es ist aber begreiflich, daß die Franzosen das ablehnen. Sie wollen die Leitung des Wiederaufbaues selbst in Händen haben. Es muß ein gangbarer Weg gefunden werden, damit diese schmerzhaft brennende Wunde im Grenzgebiet zwischen Deutschland und Frankreich möglichst schnell verschwindet. Hier liegen Aufgaben für alle diejenigen, die nicht müde werden wollen, für die Gedanken der Völkerversöhnung, eines Völkerbundes des gemeinsamen Leides und des gemeinsamen Wirkens, zu arbeiten.

Was die Franzosen inzwischen in Reims geleistet haben, verdient durchaus Anerkennung. Gewiß, künstlerisch ist nicht viel zu melden. Dringendere, primitivere Aufgaben waren zu lösen. Es galt vor allem, den Reimsern, die nach ihrer Heimat zurückverlangten, die einfachsten Lebensmöglichkeiten zu verschaffen. Zuerst wurden die Straßen vom Schutt gereinigt. Das wie ein Sieb durchlöcherte Pflaster wurde wieder hergestellt. Die Eisenbahnlinien wurden instand gesetzt. Die nicht allzu stark beschädigten Häuser wurden in einen bewohnbaren Zustand gebracht. Es wurden in den Anlagen am Bahnhof schlichte, kleine Holzhäuserreihen errichtet, in denen tausende von Familien eine vorläufige Unterkunft gefunden haben.

Das alles ist mit Umsicht geschehen. Heute entspricht das Verkehrswesen den Ansprüchen der Stadt. Es fährt sogar wieder eine Trambahn. Auch die Trambahnverbindung nach Laon ist wieder im Gange. Die Verpflegung in Reims ist ausgezeichnet. Man kann dort ebenso gut und zu den gleichen Preisen speisen wie in Paris. Aber das alles sind doch nur Ansätze: der Wiederaufbau der Stadt in Stein ist das große Problem, das gelöst werden muß. Noch ist keiner der jungen, französischen Architekten als Baudiktator irgend eines Teiles der zerstörten Gebiete ernannt worden. Sie sagten mir selbst, daß sie auf einen derartigen Ruf warten. Sie sagten mir sogar, das einzig gute dieses großen Unglücks ist, daß unsere Stunde jetzt gekommen ist. Der deutsche Werkbund und der deutsche Völkerbund sollten die Verbindung mit diesen französischen Architekten suchen. Ich weiß, daß sie zu einer derartigen Verbindung bereit sind — natürlich unter französischer Leitung. Aus dieser gemeinsamen Arbeit kann neue Schönheit und neues Glück erspriießen. Und das brauchen wir allein in Europa.

Umgestaltung der Münchener Akademie der Tonkunst. Das Direktorium der Münchener Akademie der Tonkunst bereitet, um den guten Ruf dieses Kunstinstituts, der in den letzten Jahren bedenklich nachgelassen hatte, gründlich aufzufrischen, umfassende Reorganisationsmaßnahmen vor, die schon mit der Berufung der beiden neuen Direktoren Prof. Siegmund v. Hausegger und H. W. v. Waltershausen eingeleitet wurden. Nach dem Programm des Direktoriums sind eine Reihe bemerkenswerter Neueinrichtungen geplant. Die bisherige Klasse für Chorgesang wird zu einer mustergültigen Madrigalchor auf breiterer Basis ausgebaut. Die Opernschule soll unter der Leitung von v. Waltershausen einen weiteren Ausbau erfahren. Für die Ausbildung in der Darstellungskunst ist Frau Bahr-Mildenburg verpflichtet worden.

an den Deutschen Beamtenbund das dringende Ersuchen gerichtet, bei der Reichsregierung unverzüglich Schritte zu unternehmen, um das Diätarelend zu beseitigen und den Beamten der untersten Besoldungsgruppen ein bescheidenes Dasein zu sichern. Die Stimmung in diesen Schichten ist höchst bedrohlich und kann durch weitere Hungerkuren nicht verbessert werden.

Scheidemann über Genf.

Kassel, 11. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) In einer am Dienstag abend abgehaltenen sehr gut besuchten Mitgliederversammlung der Kasseler Sozialdemokratie sprach Genosse Scheidemann über den Kongreß der 2. Internationale in Genf. In seinem oftmals von stürmischen Zustimmungskundgebungen unterbrochenen Referat führte Scheidemann etwa folgendes aus:

Die Erwartungen der deutschen Sozialdemokratie sind bei weitem übertroffen worden. Die endgültige Erledigung der Schuldfrage hat den Weg für künftige gemeinsame Arbeit aller Sozialisten freigemacht. Die Haltung der deutschen Delegation war bestimmt von der aufrichtigen Absicht, unerschütterlich ihre sozialistische und demokratische Ueberzeugung zu verfechten und nichts anzuerkennen, was irgendwie vor der Partei und dem deutschen Volke sich nicht hätte verantworten lassen. Wir haben uns geweigert, eine Schuld der Sozialdemokratischen Partei anzuerkennen. Die von uns von allem Anfang an betonte Schuld des kaiserlichen Deutschland zu mildern, hatten wir keine Veranlassung. Darum ist alles, was in der Resolution über die Schuldfrage steht, von uns schon zu tausend Malen gesagt und geschrieben worden. Die Beurteilung dieses Beschlusses des Genfer Kongresses durch die bürgerliche Presse zeigt deutlich, mit welch ungeschicktem Blick und fehlendem politischen Verständnis man in Deutschland an die Wertung der Tagung herangetreten ist. Man lese doch einmal die Resolution über den Friedensvertrag und die über den Völkerbund, die nach Erledigung der Schuldfrage beschlossen wurden. Diese beiden Resolutionen bedeuten praktisch, daß die französischen, belgischen und englischen Sozialisten, unter ihnen auch Vandervelde, der als belgischer Minister den Friedensvertrag mitunterzeichnet hat, von ihren Regierungen die Revision des Friedensvertrages verlangen. Was bedeutet es, wenn Macdonald, einer der angesehensten Parlamentarier Englands, in einer Resolution von der englischen Regierung verlangt, daß sie den Wiederaufbau Mitteleuropas ermöglicht, indem sie Futter und Düngemittel, Schiffe und andere Wirtschaftsgüter zur Verfügung stellt? Und das in einer Zeit, wo man in England von dem kommenden Kabinett als von einer Regierung der Arbeiterpartei mit Henderson an der Spitze spricht. Weiter ermißt man die große Bedeutung des Kongresses, wenn man sich die Resolution über die polnisch-russische Frage vergegenwärtigt, in der strikte Neutralität gefordert wird und die von der Internationalen Bergarbeiterkonferenz mit dem Zusatz versehen wurde, daß im Falle eines neuen Krieges der Streik der Kohlenbergarbeiter beschlossen werden wird. Das sind eherne Tatsachen, die beweisen, daß die 2. Internationale, wenn sie fest und geschlossen steht, eine gewaltige Macht gibt. Das ist jedoch nur möglich auf dem Boden des demokratischen Sozialismus. Darum hat der Kongreß auch seine Auffassung über Demokratie und Bolschewismus einer präzisen Form zum Ausdruck gebracht, die eine Absage an den Bolschewismus ist. Wir wollen nicht schimpfen und intolerant sein, sondern in aller Sachlichkeit, aber unnachgiebig die Demokratie verfechten. In Deutschland wollen wir alle unsere Kräfte einsetzen, um der Welt zu beweisen, daß gegenüber der Arbeiterschaft die wenigen Schreihälse bedeutungslos sind, die mit ihrem Hakenkreuzrummel die Stimmung der Welt immer wieder gegen uns aufbringen.

Lohnerhöhungen in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 11. August. In der Stadtverordnetenversammlung wurde gestern ein Dringlichkeitsantrag des Magistrats wegen Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung bis zum Eintritt der Preissenkung für Lebensmittel einstimmig angenommen. Die Erhöhung soll betragen für Verheiratete 2 Mark, für Ledige 1 Mark täglich. Außerdem sollen den Erwerbslosen Zuschüsse zur Anschaffung von Lebensmitteln gewährt werden. Die Annahme der Vorlage wurde von den Tribünen, die meist von Arbeitslosen besucht waren, mit stürmischen Hochrufen auf die — Räterepublik (!) begrüßt. Ferner wurde eine Magistratsvorlage, dahingehend, eine Erhöhung der Arbeitslöhne vorzunehmen, die einen Betrag von 13 270 000 Mark darstellt, mit 37 Stimmen der Sozialdemokraten gegen 31 Stimmen der anderen Fraktionen angenommen.

Die Arbeitslosen in Frankfurt a. M. scheinen überhaupt sehr radikal zu sein. Nach einer weiteren Meldung kam es gestern in Frankfurt a. M. nach einer Versammlung der Erwerbslosen, in der mit Rücksicht auf die beträchtliche Lohnerhöhung der städtischen Arbeiter ebenfalls neue Forderungen erhoben wurden, im Römer zu erregten Vorgängen. Die Erwerbslosen wollten in das Rathaus eindringen. Sicherheitswehr und Schutzmannschaft stellten sich ihnen entgegen. Erst nachdem eine Kommission der Erwerbslosen vom Magistrat zur Entgegennahme der Forderungen empfangen worden war, trat Ruhe ein.

Neuer Zwischenfall in Täbris.

Von zuständiger Stelle erfahren die P. P. N.:

In Täbris hat sich ein neuer Zwischenfall ereignet. Da die im Konsulat befindlichen Waffen die Habgier der Bevölkerung reizten, faßte der deutsche Arzt Dr. Schütz, der nach dem Tode des Konsuls Wustrow das Konsulat übernommen hatte, den Entschluß, die Waffen zu vernichten. Er hatte diesen Entschluß zum Teil ausgeführt, als der persische Kargusar und die Führer der persischen Demokraten davon hörten. Ohne die Exterritorialität des Konsulats zu achten, drangen sie darauf in dasselbe ein. Mehrere persische Offiziere und Polizisten überwältigten Dr. Schütz, hielten ihn über 12 Stunden in seinen eigenen Räumen gefangen, durchsuchten das gesamte Konsulat und raubten alle Waffen.

Die deutsche Regierung hat ihren Geschäftsträger in Teheran telegraphisch beauftragt, der persischen Regierung ihre Entrüstung über den neuen Zwischenfall auszusprechen und sich bis zum Vorliegen näherer Berichte alles weitere vorbehalten. Dr. Schütz hat Weisung erhalten, sich zwecks Berichterstattung zum Geschäftsträger nach Teheran zu begeben.

Wie der Geschäftsträger drahtet, sucht die persische Regierung die Angelegenheit so darzustellen, als ob die Polizei in Täbris befürchtet hätte, daß die Vernichtung der Munition durch Dr. Schütz innerhalb des mitten in der Stadt gelegenen Konsulats für diese Gefahr mit sich bringen könne. Die Polizei habe deshalb die Munition trotz des Widerstrebens von Dr. Schütz fortgeschafft.

Frachtenkrieg im Stillen Ozean.

Kopenhagen, 11. August. (TU.) Nach einem New Yorker Telegramm hat die scharfe amerikanisch-englisch-japanische Konkurrenz an der Küste des Stillen Ozeans einen Frachtenkrieg hervorgerufen, in welchem der amerikanische Shippingboard durch die größte Ermäßigung der Getreidefracht bis jetzt Sieger ist.

Groß-Berlin

Erhöhung des Stadtbahntarifs!

Die Erhöhung des Straßenbahnfahrpreises auf 70 Pf. hat eine starke Abwanderung von diesem Verkehrsunternehmen zur Stadt- und Ringbahn zur Folge gehabt. Daraus entwickelten sich dann auf diesen Bahnen jene unhaltbaren Zustände, die wir an dieser Stelle so oft geschildert haben und die ebenso oft von den zuständigen Stellen abgestritten wurden. Jetzt endlich hat man ein Einsehen gehabt. Seit Montag erfreut sich Berlin eines verstärkten Stadt- und Ringbahnverkehrs. Die Freude, billig und womöglich nach Jahren endlich wieder einmal bequem fahren zu können, hat aber irgendeinen griesgrämigen Geheimrat auf den Gedanken gebracht, daß die Berliner dabei übermütig werden könnten, darum schreibt er einer Berliner Lokalkorrespondenz:

„Es hatte den Anschein, als ob die Zugvermehrung eine weitere Abwanderung der Fahrgäste der Großen Berliner Straßenbahn auf die Ringbahn gehabt hätte. Die Ungleichheit der Tarife beider Verkehrsunternehmungen macht diese Erscheinung durchaus verständlich. Diejenigen Reisenden, die sich bisher durch die außerordentlich starke Ueberfüllung der Ringbahn haben abhalten lassen, sie zu benutzen, sind nunmehr, nachdem die einzelnen Züge weniger stark besetzt sind, ebenfalls dazu übergegangen, sich der wesentlich billigeren Stadtbahn zu bedienen. Schon in kurzer Zeit, so muß man befürchten, werden die gleichen unhaltbaren Zustände wieder auf der Ringbahn eingetreten sein wie vor der Verkehrserweiterung. Eine endgültige Abhilfung der fast unhaltbaren Zustände kann nur durch die Gleichstellung der Tarife beider Verkehrsunternehmungen erfolgen."

Gegen die Absicht, den Tarif der Eisenbahn auf eine Höhe mit dem der Straßenbahn zu bringen, erheben wir schon jetzt schärfsten Protest. Diese Politik gleicht jener, die man während des Kriegs auf dem Lebensmittelmarkt betrieb: nämlich durch hohe Preise das „Volk" zur Sparsamkeit zu erziehen. Wenn sich aus der Verbesserung des Berliner Eisenbahnverkehrs eine weitere Abwanderung von der Straßenbahn ergibt, so ist das noch lange kein Grund zur Erhöhung des Tarifs, das würde vielmehr die Eisenbahnverwaltung verpflichten — und hier stimmen wir ausnahmsweise mit dem „Lokalanzeiger" überein — die Entstehung neuer „unhaltbarer Zustände" durch abermalige Einlegung neuer Züge zu verhindern. So und nicht anders ist der Verkehr wieder auf seine alte Höhe zu bringen.

Der Gasarbeiterstreik beendet.

Die Arbeiter des Berliner Gaswerks in Tegel waren am Sonnabend wegen Lohndifferenzen in den Streik getreten, die Charlottenburger Gasarbeiter hatten sich dem Ausstande angeschlossen. Erfreulicherweise ist der Streik der Gasarbeiter beim Gaswerk Tegel sowohl wie in Charlottenburg sehr schnell beigelegt worden. Die Verhandlungen der Vertreter der Arbeiterschaft mit dem Berliner Magistrat haben am Dienstag zu einer Einigung geführt. Infolgedessen ist die Arbeit im Tegeler Gaswerk und in der Charlottenburger Städtischen Gasanstalt heute früh in vollem Umfange wieder aufgenommen worden.

Aufklärung des Försterdramas von Selchow.

Der Doppelmörder Bumblatt verhaftet.

Gestern gelang es der Berliner Kriminalpolizei, einen ihrer alten und guten Bekannten, den berüchtigten Wilddieb Josef Bumblatt, zu verhaften.

Bumblatt machte immer, wenn er beim Wildern angetroffen wurde, von seiner Waffe Gebrauch und es kam zwischen ihm und Forstbeamten wiederholt zu schweren Zusammenstößen. Bei einem solchen erschoß er im Jahre 1904 den gräflich Arnimschen Förster Strempel bei Blumberg. Kaum war er nach Verbüßung einer längeren Zuchthausstrafe entlassen, als er sofort wieder sein Treiben aufnahm. Sein Spießgeselle war hierbei der 43 Jahre alte Hauspförtner Gustav Lenz aus der Kastanienallee 91/92. Als es gelang, beide abzufassen, erhielten sie eine längere Gefängnisstrafe, die im Februar d. J. abgelaufen war. Wieder machte Bumblatt die Wälder der Umgebung Berlins, besonders die Gegend von Lichtenrade, unsicher. Am Charfreitag, als Bumblatt wieder mit Lenz zusammen wilderte, wurden sie im Walde von Selchow bei Waldow von dem Gutsförster Paul Schulz überrascht. Zwischen diesem, dessen 16 Jahre alten Bruder Willi, seinem Vater, dem Gutsinspektor Schulz und dem Rechnungsführer Zumbeck auf der einen und den beiden Wilddieben auf der anderen Seite, kam es dabei zu einem schweren Feuerkampf. Bumblatt entkam, ständig aus seinem Karabiner feuernd.

Kriminaloberwachtmeister Busdorf, der Bumblatt schon wiederholt festgenommen und überführt hatte, wurde mit der Aufklärung des Försterdramas betraut, und es gelang ihm bald mit Sicherheit festzustellen, daß der entkommene Wilddieb niemand anders als der berüchtigte Bumblatt war. Obwohl auf seine Ergreifung eine Belohnung von 3000 M. ausgesetzt worden war, gelang es zunächst nicht, seiner habhaft zu werden. Es war ihm gelungen, nach Schweden zu entkommen.

Von dort versuchte er nach Rußland zu flüchten. Der Versuch mißlang und B. kehrte nach Berlin zurück. In seiner Wohnung Cothenius-straße wurde er gestern von den Beamten des Kriminalkommissars Werneburg festgenommen.

Der Leichenfund im Schöneberger Stadtpark.

Das Mädchen, dessen Leiche gestern früh aus dem Teiche des Schöneberger Stadtparkes gelandet wurde, ist als ein 20 Jahre altes Dienstmädchen Hedwig Pien festgestellt worden, das am Südwestkorso 74 zu Friedenau in Stellung war. Das Mädchen litt sehr häufig an nervösen Kopfschmerzen. Dies Leiden quälte es so, daß es wiederholt Selbstmordgedanken äußerte und auch vor einem halben Jahre bereits den Versuch unternahm, seinem Leiden durch den freiwilligen Tod ein Ende zu machen. Vorgestern abend klagte es seiner Herrschaft gegenüber wieder über heftige Kopfschmerzen. Es erhielt von dieser auch ein Pulver und zog sich dann auf sein Zimmer zurück. Aus diesem hat es sich dann heimlich entfernt. Es wird damit gerechnet, daß es den Stadtpark aufgesucht und dort selbst seinem Leben ein Ende gemacht hat. Die Schnur, die um den Hals des Mädchens geschlungen war, wurde als sein eigenes Strumpfband erkannt. Wahrscheinlich hat dieses sich selbst das Band um den Hals gebunden, um im Wasser schneller den Tod zu finden. Trotzdem sich der Leichenfund wohl nach den bisherigen polizeilichen Feststellungen nur so erklären läßt, gehen die Ermittelungen noch weiter.

Ein Großfeuer kam heute nacht in der Neuenburger Str. 26, nahe der Alexandrinenstraße, aus noch nicht ermittelter Ursache zum Ausbruch. Dort standen um 1½ Uhr das Quergebäude mit mehreren Geschossen und ein Teil des rechten Seitenflügels in großer Ausdehnung in Flammen. Das Feuer hatte an Holzvorräten der Bildhauerei von Richard Sack und der Pianofabrik von H. Hansen reichliche Nahrung gefunden. Branddirektor Reichel leitete persönlich die Löscharbeiten. Den Bemühungen der Feuerwehr gelang es schließlich, die Wohnungen zu schützen. Der Dachstuhl des Quergebäudes mit den oberen Geschossen und Teilen des Seitenflügels sowie die Werkstätte der Bildhauerei und die Decken haben stark gelitten. Zum Teil stehen nur noch ausgebrannte Schornsteine, die jeden Augenblick einstürzen können. Den Flammen sind Elektromotoren, Holzvorräte, Lacke, Farben usw. zum Opfer gefallen. Die Entstehungsursache konnte noch nicht aufgeklärt werden.

Für 25 Millionen Mark Sprit beschlagnahmt. Am 22. Juli lief das Schiff Karlsruhe IX mit 785 Faß Sprit aus Rotterdam für einen Kölner Empfänger in Köln ein. Der Empfänger legte Einfuhrbewilligung für die Sendung vor und beantragte Zollabfertigung. Ein Kontrolleur des Reichsbeauftragten für die Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr schöpfte jedoch Verdacht gegen die Rechtmäßigkeit der Einfuhrbewilligung. Die hier vorgenommenen Nachforschungen ergaben, daß die Einfuhrbewilligung gefälscht war. Daraufhin wurde der Verfall der Sendung zugunsten des Reichs ausgesprochen. Die Sendung repräsentiert einen Wert von etwa 25 Millionen Mark. Der Empfänger, ein früherer Seeoffizier, ist verhaftet worden.

Neue Postautoverbindungen. Am 11. August werden die Kraftwagen-Personenposten Potsdam—Spandau und Potsdam—Ketzin (Havel) in Betrieb genommen. Die Kraftwagen nach Spandau (ab Potsdam Hbf. 8 V. und 2⁰⁰ N., zurück ab Spandau Hbf. 9⁰⁰ V. und 6⁰⁰ N.) verkehren auf dem rechten Haveluifer über Nedlitz, Neufahrland, Krampnitz, Großglienicke, Cladow und Gatow, die Kraftwagen nach Ketzin (ab Potsdam Hbf. 7¹⁵ V. und 5⁰⁰ N., ab Ketzin 6 V. und 12 V.) über Nedlitz, Fahrland, Falkenrehde und das bekannte, idyllisch gelegene Dorf Paretz.

Die schwedische Hilfsaktion „Rädda Barnen" konnte am Dienstag, dank einer schwedischen Spende durch die Abteilung „Mutter und Kind" des Zentralkomitees vom Roten Kreuz, Charlottenburg, Cecilienhaus, 28 Kinder zum sechswöchentlichen Erholungsaufenthalt an die Ostsee schicken.

Wiedereröffnung der Lichtenberger Jugendbühne. Nach kurzer Sommerpause wird die städtische Jugendbühne in Lichtenberg am Bühlischplatz (Holteistraße) am Sonntag, den 15. August, wieder eröffnet werden. In der Nachmittagsvorstellung für die Jugend wird das Kaußsche Puppentheater „Hänsel und Gretel" und ein lustiges Kasperlestück zur Aufführung bringen, in den Abendvorstellungen für Erwachsene werden die Filme „Schneider Wibbel" und „Wirrwarr" gespielt werden. Eintrittspreise nachmittags für Kinder 50 Pf., für Erwachsene 75 Pf., abends 1 M. Programmwechsel wöchentlich Freitags.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Lichtenberg. Zuckeranmeldung auf 502 E. J. G. K. S. bis 15. August.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 11. August:

28. Abt. 215. Stadtbezirk. 7 Uhr Zahlabend Schönhauser Allee 166a.

Buchholz. 8 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant von Haeckel.

Charlottenburg. 12. Gruppe. Zahlabend nicht heute, sondern Donnerstag, 7 Uhr, Windscheidstr. 14, bei Nickel Nachf. Wichtige Tagesordnung und Referat.

Sport.

Ringkämpfe in Schöneberg. Am Freitag findet der Herausforderungskampf des Negerchampion mit Weltmeister Hans Schwarz statt. Der Preis ist 15 000 M.; 10 000 M. dem Sieger und 5000 M. dem Besiegten.

Breitensträter—Ekeroth! Der Termin für das Zusammentreffen des deutschen Schwergewichtsmeisters Hans Breitensträter mit dem dänischen Meister Johann Ekeroth ist nunmehr endgültig auf den 27. August festgelegt worden. Der Kampf findet auf der Rennbahn Treptow statt.

Der Völkerbund in der wissenschaftlichen Welt. Uns wird geschrieben: Die Erneuerung der persönlichen Verbindung deutscher Kultur mit dem Auslande hat jetzt zweifellos begonnen, und es wird in weiten Kreisen der Wunsch ausgesprochen, daß der deutschen Leserwelt solche persönlichen Erfahrungen allgemeiner und sorgfältiger mitgeteilt werden sollten. Der Unterzeichnete will daher, wie schon mehrere seiner Freunde und Geistesgenossen angefangen haben, auch seinerseits einige Mitteilungen dieser Art zur Verfügung zu stellen beginnen. Sei der Anfang mit England gemacht. Als Doktor der Rechte von der Universität zu Oxford derzeit geehrt, habe ich es vermieden, so heftig, wie es von nicht wenigen deutschen Gelehrten und Schriftstellern während des Krieges geschehen war, diese frühere Ehrung zurückzuweisen. Ebenso habe ich mich als Ehrenmitglied der Britischen Astronomischen Gesellschaft verhalten. Diese Gesellschaft hat aber alle ihre Veröffentlichungen während der Kriegszeit nunmehr an mich nachgeliefert, und zwar mit Begleitschreiben kollegialster Art. Ich schweige zunächst von denjenigen befreundeten englischen Regionen, welche Beziehungen zu der Friedensbewegung und zu der ethischen Bewegung haben, und ich schweige von der treuen Güte, mit welcher die astronomischen Kollegen in Dänemark uns während der ganzen Kriegszeit wirksamste Kollegialität bewiesen haben.

Prof. Wilhelm Foerster.

Gertrude Barrison, die letzte der Tanzgeschwister, tanzt in der Modewoche Mode, alte und moderne. Die Kostüme, die sie dabei im Künstlerhause vorführte, sind erlesene Kostbarkeiten: Rokoko, Empire, Biedermeier, moderne Londoner Tanzkleider — sie alle weiß sie mit Grazie und Geschmack zu tragen und ihr Körperspiel darin zeitgemäß zur Geltung zu bringen. Die Technik ist immer noch bewundernswert, wenn auch die Skala ihres mimischen Ausdrucks (auf die Dauer etwas fade englische Hübschheit) beschränkt ist. Aber sie hatte viele liebenswerte Momente und ihren zierlich-geschmeidigen Körper immer in der Gewalt.

Theater. Freitag wird in der Volksbühne unter der künstlerischen Leitung von Maximilian Moris zum ersten Male die Operette „Zigeunerliebe" von Franz Lehar aufgeführt. Dirigent: Kapellmeister Dr. Felix Günther.

Der Ohrenarzt Prof. Politzer ist in Wien im 85. Lebensjahre gestorben. Seine Verdienste um die Erforschung und Behandlung von Ohrenkrankheiten sind zahlreich. Bekannt ist das nach ihm genannte Verfahren zur Behandlung der Schwerhörigkeit. Er leitete seit 1873 die erste in Europa gegründete Universitätsklinik für Ohrenkranke in Wien. Seine Sammlung von Präparaten des Gehörorgans ist mustergültig.

Eleonore Duse wird sich nach argentinischen Blättermeldungen dauernd in Buenos Aires niederlassen, wo sie von dem Ruhegehalt ihres verstorbenen Gatten, eines pensionierten argentinischen Konsularbeamten, zu leben gedenkt.

Eine Landentdeckung Amundsens? Nach einem Bericht des Steuermanns der Amundsen-Expedition hat Amundsen nahe dem Zar-Nikolaus II.-Land ein neues Land entdeckt und wissenschaftlich untersucht. Auffällig ist, daß Amundsen nichts selber davon hat verlauten lassen.

Gewerkschaftsbewegung

Streik der Frankfurter Gasarbeiter.

Die Arbeiter des Gaswerks in Frankfurt a. O., vertreten durch ihre Organisation, den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, stehen seit Anfang Juni in Verhandlungen mit der Verwaltung betreffs Abschluß eines Tarifvertrages. Eine Einigung in der Lohnfrage konnte nicht erzielt werden. Da die Verwaltung Mitglied des Allgemeinen Arbeitgeberverbandes für Frankfurt ist, so hat sie dessen Entscheidung beantragt. Der Arbeitgeberverband hat in seiner Vollversammlung vom 17. Juni beschlossen, daß die zurzeit bestehenden Lohnsätze nicht weiter erhöht werden dürfen und daß es auch bei den bis jetzt üblichen Urlaubszeiten sein Bewenden haben soll. Aus diesen Gründen konnte die Verwaltung die unter Vorbehalt eingeräumten Zugeständnisse nicht aufrechterhalten. Die Parteien einigten sich, einen Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses herbeizuführen. Nach diesem Spruch betragen die Stundenlöhne für Arbeiterinnen 2,10 M., für Arbeiter 3,66 bis 4,06 M. Auf eine Urlaubsfestsetzung für das Jahr 1920 wird verzichtet, doch soll im Jahre 1921 eine für die Arbeitnehmer günstigere Urlaubsregelung stattfinden. Die Organisation unterwarf sich diesem Schiedsspruch. Nicht so die Verwaltung bzw. der Allgemeine Arbeitgeberverband. Begründend führte er aus, daß eine Lohnerhöhung für die Arbeiter der Gasanstalt nicht notwendig sei, weil die Lebensmittel auf Gebrauchsgegenstände keine weitere Steigerung erfahren haben. Im Gegenteil soll sogar ein merklicher Preisnachlaß eingetreten sein. Dieser Ansicht schloß sich natürlich auch die Verwaltung des Gaswerks an.

In einer am Montag abgehaltenen Versammlung der Gaswerksarbeiter wurde beschlossen, in den Streik einzutreten, ihn aber so lange zu vertagen, bis der Entscheid über die beantragte Verbindlichkeit des Schiedsspruches vorliegt.

Neue Lohnfestsetzung im Malergewerbe.

Unter dem Druck spontaner Streiks, die vor kurzem in Berlin und anderen Orten ausgebrochen waren, trat dieser Tage das Haupttarifamt des Malergewerbes zusammen, um über Anträge auf Lohnerhöhung, die aus verschiedenen Orten vorlagen, zu entscheiden.

Die Teilnehmer an den Verhandlungen des Haupttarifamts erstatteten am Dienstag in einer Versammlung der Berliner Filiale des Malerverbandes Bericht. Dieser gibt im allgemeinen folgendes Bild. Die Arbeitgeber beantragten für das ganze Reich eine Herabsetzung der Löhne mit der Begründung, die Kosten der Lebenshaltung seien zurückgegangen. Diese Annahme wurde von seiten der Arbeitervertreter als durchaus irrig bezeichnet. Den Arbeitgebern wurde vorgehalten, daß sie eine Lohnerhöhung bewilligen könnten, ohne daß ihr Geschäftsgewinn vermindert werde, denn sie forderten immer noch dieselben Preise, obgleich das Material wesentlich billiger geworden sei. In den stundenlangen Verhandlungen wurde dann, wie in längstvergangenen Zeiten, um Pfennige gefeilscht, ohne daß eine Verständigung erzielt werden konnte. Auch die Mitglieder des Tarifamts konnten sich nicht auf bestimmte Lohnsätze einigen, so daß schließlich durch die Entscheidung des unparteiischen Vorsitzenden ein Schiedsspruch zustande kam, der für eine Reihe von Orten Erhöhungen des Stundenlohns von 10 bis 30 Pf. festsetzt. Nur in Berlin (außerdem noch in Mainz und Weißenfels) soll der Lohn um 40 Pf. erhöht werden. Die Lohnerhöhungen sollen vom 9. August ab gelten. — Der Berliner Lohn erhöht sich demnach von 5,50 auf 5,90 Mk. und bleibt weit zurück hinter der Forderung der Maler, die eine Gleichstellung mit dem Lohn der Maurer — 6,80 M. — verlangt hatten. Trotzdem haben die Berliner Arbeitgeber nach Bekanntgabe des Schiedsspruchs erklärt, sie könnten die 40 Pf. nicht zahlen. Da der Schiedsspruch eine für die Tarifparteien endgültige Entscheidung ist, werden die Arbeitgeber zahlen müssen, und es wird sich zeigen, daß sie es auch können.

Die deutschen Gewerkschaften in der Tschecho-Slowakei.

Der von der Landesgewerkschaftskommission der deutschen Gewerkschaften in der Tschecho-Slowakei erstattete Bericht zeigt die erfreuliche Tatsache eines starken Wachstums aller Verbände seit dem Zerfall des alten Oesterreichs. Bis Ende des Jahres 1919 waren 29 Verbände aufgebaut, die insgesamt 1481 Ortsgruppen und 293 001 Mitglieder zählten. Im ersten Vierteljahr des laufenden Jahres ist noch ein weiterer Verband, der Verband der Musiker, dazugekommen, der am 31. März 901 Mitglieder zählte. Insgesamt ist in den ersten drei Monaten dieses Jahres die Mitgliederzahl der in der Landesgewerkschaftskommission vereinigten Verbände auf 352 608 gestiegen. Außer der mühevollen Arbeit, die beim Aufbau der neuen Verbände zu leisten gewesen ist, nahmen die immer wiederkehrenden Lohnbewegungen die Vertrauensleute aller Berufe stark in Anspruch. Sind doch davon im Jahre 1919 nicht weniger als 1979 durchgeführt worden, deren Ergebnis 1442 Lohn- und Arbeitsverträge bilden. In 104 Fällen mußten die Arbeiter durch Einstellung der Arbeit ihren Forderungen Nachdruck geben, ehe sich die Unternehmer bereit fanden, Entgegenkommen zu zeigen. Der Mitgliederstand in den einzelnen Verbänden am 31. März war folgender: Textilarbeiter 88 085, Metallarbeiter 44 956, Bergarbeiter 34 248, Eisenbahner 27 485, Bauarbeiter 26 896, chemische Arbeiter 19 282, Land- und Forstwirtschaftliche Arbeiter 13 788, Keramarbeiter 13 472, Werkmeister und Industriebeamte 12 800, Glasarbeiter 12 100, Holzarbeiter 11 726, Angestellte in Industrie-, Handel- und Verkehr 9820, Handels- und Transportarbeiter 8249, Tabakarbeiter 5060, Bekleidungsarbeiter 4978, Staats-, Landes- und Gemeindeangestellte 4742, Postler 4297, Lebens- und Genußmittelarbeiter 3207, Bergbau- und Hüttenangestellte 3200, Gastgewerbe- und Hausangestellte 2029, Graphische Arbeiter 1764, Gärtner 1016, Musiker 901. Die deutschen Gewerkschaften in der Tschecho-Slowakei haben also ihren Neuaufbau in einer Art vollzogen, mit der sie zufrieden sein dürfen.

Gehaltserhöhungen im Kohlengroßhandel.

Nachdem die Arbeitgeber am 26. Juli 1920 die Verhandlungen abgebrochen hatten, sahen sie sich doch durch den Druck der Angestellten-Organisation veranlaßt, die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Es wurden nunmehr für die Angestellten der Gruppe I folgende Sätze festgelegt: Nach vollendetem 18. Lebensjahre 500 Mark, steigend bis 980 M. monatlich im 25. Lebensjahre. Lehrlinge erhalten 140, 180 und 225 M. monatlich in den einzelnen Lehrjahren. Die Kinderzulage wurde von 20 M. auf 30 M. erhöht. Im übrigen sollen die Bestimmungen des Tarifvertrages unverändert bleiben. Die neuen Gehälter werden ab 1. August 1920 gezahlt. Eine Anrechnung der im Monat Juni gewährten Vorschüsse oder Wirtschaftsbeihilfe findet nicht statt. In einer Versammlung der Angestellten des Berliner Kohlengroßhandels wurden die Vorschläge der Arbeitgeber angenommen.

Wozu ist die Polizei notwendig?

Der Verband der Gastwirtsgehilfen schreibt uns: Am Sonntag, den 8. d. M., wurden in Potsdam vom Verband der Gastwirtsgehilfen Flugblätter verteilt. Darin wurde das Publikum aufgefordert, nur solche Lokale zu besuchen, die den Tarifvertrag anerkannt haben und deren Inhaber nicht mehr von den Gästen 10 Prozent durch die Kellner erheben lassen. Von der Flugblattverteilung hatten 5 in Potsdam beschäftigte Kellner, die sich von diesen 10 Prozent nicht trennen können, sowie einzelne Arbeitgeber einige Tage vorher Wind bekommen. Diese edle Gemeinschaft machte nun an die zuständige Behörde eine Eingabe, die Flugblattverteiler verhaften zu lassen. In der Tat waren am Sonntag in Potsdam sämtliche Kriminalbeamten sowie Sicherheitspolizei und die blaue Polizei auf den Beinen. — Ist es zulässig, daß die ganze Staatsgewalt aufgeboten wird, damit einzelne Unternehmer das Publikum schröpfen können? Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Polizeiorgane in der gegenwärtigen Zeit andere Aufgaben zu erfüllen hätten, als sich in legale Kämpfe der Arbeiter einzumischen. Es ist zu erwarten, daß die vorgesetzte Behörde sich nicht einseitig im Interesse des Unternehmertums informieren läßt und ihren untergeordneten Beamten ein nächstes Mal Anweisung gibt, dort ihre Kräfte anzuwenden, wo sie notwendiger sind, nämlich bei Schleichhändlern und sonstigem lichtscheuen Gesindel.

Zentralverband der Fleischer. Versammlung der Betriebsräte und Obleute der Fleischereibetriebe, Donnerstag, den 12. August, abends 7 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11. — Sektion Darm-, Häute- und Fettbranche. Die Versammlung am Freitag, den 13. August, findet nicht bei Böker, Weberstr. 17, sondern im Patzenhofer, Landsberger Allee 24, abends 7 Uhr, statt.

Zentralverband der Hausangestellten. Donnerstag, den 12. August, Versammlung der Reinemachefrauen der Schulen abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Mitgliederversammlung Osten I im Restaurant Hochbahn, Stralauer Allee 48, am Donnerstag, den 12. d. Mts., abends 7½ Uhr. — Mitgliederversammlung Südwesten im Rest. Zur Bierglocke, Belle-Alliancestr. 106 (am Halleschen Tor) am Donnerstag, den 12. d. Mts. — Mitgliederversammlung Norden III im Rest. Hagenbeck, Müller-, Ecke Seestraße, am Freitag, den 13. d. Mts. — Mitgliederversammlung Reinickendorf im Lokal Schulz, Wittenau (Nordbahn) am Bahnhof, am Freitag, den 13. d. Mts., abends 7½ Uhr. — Mitgliederversammlung Siemensstadt im Rest. Schloßklause, Nonnendamm-Allee, am Freitag, den 13. d. Mts., abends 7½ Uhr. — Mitgliederversammlung Tegel im Café Hohenzollern, Straßenbahnendstat., am Freitag, den 13. d. Mts.

Wirtschaft

Zur Unterbringung von Bergarbeitern.

Der Abgeordnete Löffler (S. P. D.) hat im Reichstage die Anfrage an die Regierung gerichtet, ob sie bereit sei, mit der Entente in Verhandlungen zu treten, daß im Interesse der Kohlenförderung die nach Forderung der Entente niederzulegenden Flugplätze und Unterkunftsräume der Festungen, soweit sie in der Nähe der Kohlenbezirke liegen, zur Unterbringung von Bergarbeitern stehen bleiben können. Das Kohlenabkommen von Spa verpflichte den Bergbau zur höchsten Leistung, welche nur durch eine Vermehrung der Arbeiter erzielt werden könne. Für die Belegschaftsvermehrung fehlt es aber an Unterkunftsräumen und Wohnungen.

Unseres Erachtens müßte die deutsche Regierung der Entente nahelegen, daß gerade Bauwerke, die in der Nähe der Kohlenbezirke liegen, bei der heute in der Kohlenindustrie im Vordergrund stehenden Unterbringungsfrage schon im Interesse der Entente erhalten und unter keinen Umständen abgebrochen werden sollten.

Die Bewirtschaftung des Hafers alter Ernte.

Nachdem Ende voriger Woche die abschließenden Beratungen mit dem Handel, der Landwirtschaft und der Industrie über die Regelung des Ueberganges aus der freien Haferwirtschaft in die durch die Reichsgetreideordnung vorgeschriebene gebundene Wirtschaft abgeschlossen worden sind, werden nunmehr im „Reichsanzeiger“ die Uebergangsbestimmungen veröffentlicht. Es wird dem Tierhalter die Verfütterung des bei ihm befindlichen alten Hafers unbeschränkt erlaubt und der Handel ermächtigt, seine Vorräte bis zum 25. August zu verkaufen und bis zum 2. September zu liefern. Außerdem können Landwirte ihren alten Hafer zur Verwendung im eigenen Betriebe verarbeiten. Für gewerbliche Betriebe ist die Verarbeitung zu Hafererzeugnissen zuzulassen. Bis zum 15. Oktober 1920 mit Zustimmung der Reichsgetreidestelle.

Der Preis für Hafer alter Ernte ist vom 16. August 1920 dem neuer Ernte gleichgesetzt, doch gilt der Höchstpreis nicht für die bis zum 25. August zugelassenen Verkäufe. Ferner ist die Reichsgetreidestelle ermächtigt worden, im Hinblick auf die vielfach höheren Einstandspreise und auf den derzeitigen Marktpreis des alten Hafers für alten Hafer, der ihr bis zum 25. August angeboten und bis zum 2. September 1920 geliefert wird, einen höheren Preis zu bewilligen. Dieser beträgt für das niedrigste Preisgebiet 2200 Mark für die Tonne und erhöht sich für die anderen Preisgebiete um die Zuschläge, die für alle Getreidearten der neuen Ernte mit Rücksicht auf die Fracht- usw. Unterschiede festgesetzt sind.

Die Bestände alten Hafers sind bis zum 20. August 1920 beim Kommunalverband des Lagerortes und, wenn sie sich gerade auf dem Transport befinden, nach Eingang am Bestimmungsort bei dem für diesen zuständigen Kommunalverband von demjenigen, der den Hafer in Gewahrsam hat, anzumelden, und der alte Hafer muß, soweit nicht eine andere Verwendung in der oben schon geschilderten Weise erlaubt ist, an die Reichsgetreidestelle abgeliefert werden.

Die neuen Schlachtviehpreise.

Nach einer Bekanntmachung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft darf am 11. August d. J. beim Verkauf von Schlachtvieh durch den Viehhalter der Preis für 50 Kilogramm Lebendgewicht nicht übersteigen:

I. Bei Rindern	
1. gering genährten Rindern, einschließlich gering genährten Fressern (Klasse D)	180 M.
2. angefleischten Rindern (Klasse C)	240 M.
3. fleischigen Rindern (Klasse B)	300 M.
4. vollfleischigen Rindern (Klasse A)	340 M.

Für ausgemästete oder vollfleischige Rinder höchsten Schlachtwerts (Klasse AI) kann nach näherer Anweisung der Landeszentralbehörden ein Zuschlag bis zu 40 M. für 50 Kilogramm Lebendgewicht bezahlt werden.

II. Bei Kälbern.	
5. Schlachtkälbern im Alter unter 3 Monaten . .	350 M.
III. Bei Schweinen.	
6. Schlachtschweinen (ausgenommen bei Vertragsmast)	350 M.
VI. Bei Schafen	
7. minderwertigen und abgemagerten Schafen (Klasse D)	200 M.
8. mageren und gering genährten Schafen sowie Zuchtböcken (Klasse C)	260 M.
9. vollfleischigen und fetten Mastschafen sowie fleischigen Lämmern und Jährlingen (Klasse B)	310 M.
10. vollfleischigen Lämmern und Jährlingen, Hammeln und ungelammten Schafen (Klasse A) . .	300 M.

Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen können mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft Abweichungen von den Preisen für ihren Bezirk oder Teile ihres Bezirkes vorschreiben.

Zum hohen Petroleumpreis.

Den V. P. N. wird von zuständiger Stelle geschrieben:

Nach dem Verlust der Pechelbronner Oelquellen und bei den geringen Zufuhren aus Polen ist Deutschland hinsichtlich seiner Petroleumversorgung fast ausschließlich auf Amerika angewiesen. Der Inlandspreis für das aus Amerika bezogene Petroleum beruht auf dem amerikanischen Oelexportpreis, der Seefracht und der Seeversicherung und wird außerdem naturgemäß von dem Stande unserer Valuta bestimmt. Der New Yorker Petroleumpreis ist im Laufe des letzten Jahres erheblich gestiegen, wenn auch nicht so sehr wie der Benzinpreis. Aber noch mehr als die Verteuerung des Oeles fällt die Verteuerung der Seefrachten ins Gewicht. Die Seefrachten betragen jetzt etwa 280 Schillinge die Tonne. Bei diesen Verhältnissen würde, wenn unsere Währung sich nicht beträchtlich bessert, der Petroleumpreis pro Liter im nächsten Winter etwa 5 M. betragen. Dies bedeutet für diejenigen, die auf Petroleum als einziges Beleuchtungsmittel angewiesen sind, also in der Hauptsache die minderbemittelte Bevölkerung, eine schwere Belastung. Der ungeheure Preis des Petroleums könnte indessen um mehr als 1 M. pro Liter gesenkt werden, wenn das im September 1919 vom Obersten Rat gegebene formelle Versprechen, die abgelieferten neuen deutschen Tankdampfer zu verhältnismäßig niedrigen Sätzen für zwei Reisen zur Verfügung zu stellen, eingelöst werden würde; die neuen Tankdampfer haben bis vor kurzem unbenutzt in England gelegen und werden jetzt im Verkehr zwischen Amerika und Europa benutzt. Die Reparationskommission verhält sich indessen bisher gegenüber allen Bemühungen Deutschlands, sie zur Einlösung ihres Versprechens zu veranlassen, ablehnend. Es wird indessen noch gehofft, daß die Entente ein Einsehen haben und die Interessen der armen Bevölkerung Deutschlands nicht durch Vorenthaltung der Schiffe aufs schwerste schädigen wird.

Der teure Preis des Petroleums wird übrigens zur Folge haben, daß der Verbrauch an Petroleum in Deutschland weiter sinken und die Organisationen der Petroleum-Vertriebsgesellschaften, also in erster Reihe der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft, mehr und mehr an Wert verlieren wird.

Aus aller Welt.

Das Grubenunglück in Dortmund.

Dortmund, 11. August. (Telunion.) Zum Grubenunglück auf der Zeche „Kaiserstuhl 2“ wird der „Dortmunder Zeitung“ gemeldet, daß bis heute morgen 11 Uhr sämtliche 30 Tote geborgen worden sind. Die Bergbehörden sind gegenwärtig noch mit der Untersuchung beschäftigt. Der Tag der Beisetzung wird erst nach Abschluß der Untersuchung festgesetzt werden.

Verhaftung eines Salvarsanschiebers.

In Horst-Emscher wurde ein in Essen wohnhafter Salvarsanschieber, der für 70000 M. Salvarsan nach Holland verschoben hatte, verhaftet.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: H. Lepère-Hermsdorf; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Echte Perserteppiche bis 3×4 aus Privathand gesucht. John Rosenthal, Berlin W. 8, Taubenstr. 10, Fernsprecher Zentrum 7791.

Kasten-, Leiterwagen Nordling, Wilhelmstrasse 42a

Verkäufe

Wandbild. Quabrettante 50 Mark, 100 Mark Anzahlung. Hüllen, Steglitz, Bionowerstr. 11. Fernsprecher Steglitz 2591.

Schutzhunde, Stubenhündchen, junge Foxterrier, Windhöer, Schäferhunde verkauft Schaffland, Palisadenstraße 23. 84/14*

Pelzgarnituren! Alaskafüchse 130, Rotfüchse 125, Zobelfüchse 150 Mark, elegante Kreuzfüchse, Silberfüchse sowie alle anderen Pelzarten, alles neu, keine Versatzware, zu staunenerregend spottbilligen Sommerpreisen! Leihhaus Warschauerstraße 7. *

Nähmaschinen, auch Teilzahlung gestattet. Hahn, Prenzlauerstraße 20. 82/13

Gardinen, Künstlergarnituren, Stores, Bettdecken, Meterware preiswert. Landsbergerstraße 13. 1322*

„Neue Zeit“, Jahrgang 1881 1898 und 1899, Leder gebunden, verkauft. Angebote unter D. 8 Hauptexpedition „Vorwärts“.

Möbel

Ausnahmeangebot! Schlafzimmer, Eiche, solideste Verarbeitung, komplett mit Patent- und Auflage-Matratzen, 4975.—, 5095.—, 6175.—. Schlafzimmer-Spezial-Fabrik, Burgstraße 27, Bureauhaus Börse. 1129*

Möbel, Klaviere, Wirtschaften, Teppiche kauft Vogel, Ackerstraße 35. 83/11

Fahrräder

Freilauffahrrad guterhalten, schönes Damenrad billig. Vertrieb Degen, Osten, Boxhagenerstraße 29. 120/14a

Musikinstrumente

Vierling-Pianos, neue, gutgespielte, wohlfeile Gelegenheiten. Kottbuserstr. 5. 752*

Pianos, Stutzflügel, Harmoniums, gebrauchte und neue Instrumente, Reparaturen und Stimmungen. Max Adam, Münzstraße 18. 1398

Classelpicke Mandolinen, Violinen, Gitarren, Lauten, äußerst billig. (Unterricht 20.— Monatshonorar, Dreimonatskurse zur perfekten Ausbildung.) Mund- und Handharmonikas usw., gebrauchte Klaviere, Harmoniums verkauft Berger u. Co., Oranienstr. 166. 1368

Klavier 3000.—, Konzertpiano 7500.—, Flügel 4500.—, Salonharmonium mit Spielapparat (ohne Notenkenntnisse spielbar) 3800.—, kleines 275.—, Konzertharmonium 1800.—, verkauft Berger, Oranienstr. 166. *

Zimmer

Student, Universität Berlin, aus Georgien, sucht Zimmer oder Pension in intelligenter Familie im C., Tiergarten, Charlottenburg; bittet Bedingungen mitzuteilen Siemensstadt, Ohmstraße 7 II, bei Schröter, Jnnandeim 1565*

Grossen Erfolg erziel. Anzeig. jeder Art im Vorwärts. Wer daher etwas kaufen od. verkaufen, wer Grundstücke, Läden oder Geschäftsräume pachten oder verpachten, mieten od. vermieten will inseriere im Vorwärts. Jeder Versuch lohnt!

Kaufgesuche

Bubenpläne, Wagenpläne, Planstoffe kauft Pechstein, Frauenhofstraße 17. †120

Silberbruch, Goldabfälle, Quecksilber, Platin sowie alle anderen Metalle, Zahngebisse, Münzen, photographische Rückstände kauft „Silberschmelze“ Henduck, Köpenickerstraße 187, Telephon Moritzplatz 12230. *

Glühstrumpfasche kauft zu absolut höchsten Preisen Wilmel, Elsasserstr. 23a I. 126/9*

Armeepistolen, 9 m/m, kauft zu höchsten Preisen, Kirstein, Linienstraße 30. *

Unterricht

Heinrich Maurers Privat-Zuschneideschule, Alexanderplatz (Eingang Königsgraben). Tages-, Abendkurse, Herren-, Damenschneiderei, Wäsche, Putzkurse, Schnittzeichnen, Zuschneiden, Nähkurse, Schnittmuster. Fernsprecher: Königstadt 389.

Bielfeldsche Zuschneideschule, Berlin, Leipzigerstraße 83. Erstklassige Ausbildung in der Zuschneidekunst der Herren- und Damenschneiderei.

Kaufmännische Privatschule von Hugo Strahlendorff, Spittelmarkt, Beuthstraße 11. Jeden Monat beginnen Privatzirkel, 5 Teilnehmer, Buchführung, Rechnen, Schriftverkehr, Wechsel-, Scheckkunde. Lehrgänge in Schönschreiben, Kurzschrift (Stolze-Schrey), Maschinenschreiben, Diktatübungen. Lehrpläne unentgeltlich. 1312

Verschiedenes

Spezialist: Ehesachen, Strafsachen, Gerichtsvertretung. Neukölln, Berlinerstraße 102 (Hermannplatz). 1262

Ehrenerklärung. Die Beleidigung gegen Herrn Otto Just nehme ich hiermit zurück und erkläre ihn für ehrlich. Frau Henoch. 120/13a

Möbeltransport. Spezialgeschäft. Berlin — auswärts. Garantie. Stein, Berlin, Diedenhofenerstraße 6. Humboldt 5668. *

Damm, Detektive, Norden 7013, Invalidenstr. 38. Auskünfte, Beobachtungen. Verbrechen-Bearbeitung. 1748*

Angstgefühl verliert man als öffentlicher Redner, wenn man vorher Fritz Müllers „Kunst der freien Rede“ liest. (2,40 M.) Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 2.

Erwerbstätige Frauen erfahren, was die Frau im öffentlichen Leben bedeuten kann, durch die Broschüre „Frauenstimmen“ (2,75 M.) Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 2.

Erfinder, Patentbureau Baischer, Gertraudtenstraße 15. Zentrum 7600. 79R*

Nebenverdienst bis 1000 Mark monatlich leicht zu Hause ohne Vorkenntnisse. Näheres auf briefliche Anfrage durch Wehrel u. Co., G. m. b. H., Lichterfelde, Postfach 230. 100/17*

Welcher Beamte hätte kein Interesse am Besoldungsgesetz? Die Steinkopfsche Schrift „Was muß der Beamte vom Beamtenbesoldungsgesetz wissen?“ klärt über alles auf. (2,40 M.) Buchhandl. Vorwärts, Lindenstraße 2

Wandervögel finden neue Ziele für ihre Fahrten in Lessens schönem „Wanderbuch“. (9 M.) Buchh. Vorwärts, Lindenstraße 2.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Strebsame Bauarbeiter, (auch ungelernte) mit 50 Proz. Gewinnbeteiligung, zum Bau patentierter Wohnlauben gesucht. Schriftliche Angebote unter „B 5“ Hauptexped. des Vorwärts. 1567b